

# Europäische Parteien

Jürgen Mittag

Die politischen Parteien auf europäischer Ebene, die im allgemeinen Sprachgebrauch auch als europäische Parteien oder Europarteien bezeichnet werden, unterscheiden sich sowohl funktional als auch strukturell grundsätzlich von den nationalen Parteien in den politischen Systemen der EU-Mitgliedstaaten. Weder sind in den europäischen Parteien vorwiegend Individuen zusammengeschlossen noch besteht ihr vordringliches Ziel in der Übernahme politischer Macht; zudem sind sie nicht unmittelbar an der Kandidatenrekrutierung bei EP-Wahlen beteiligt. Die europäischen Parteien stellen vielmehr einen Verbund nationaler Parteien dar, der primär das Ziel einer Koordination dieser Parteien im Lichte ihrer gemeinsamen politischen Grundausrichtung verfolgt. Europäische Parteien fungieren damit in erster Linie als Dachorganisationen, die ihren Mitgliedern – den nationalen Parteien – einen Kommunikations- und Interaktionsraum eröffnen, ohne dabei über hierarchisch übergeordnete Kompetenzen zu verfügen.

Im Februar 2004 wurden die Kriterien, die eine politische Partei auf europäischer Ebene definieren, sowie ihre Finanzierungsgrundlagen erstmals rechtlich festgelegt.<sup>1</sup> Damit eine Vereinigung oder ein Bündnis als politische Partei auf europäischer Ebene anerkannt wird, sind insgesamt vier Kriterien zu erfüllen: Sie muss rein formal Rechtspersönlichkeit in dem EU-Mitgliedstaat besitzen, in dem sie ihren offiziellen Sitz hat; sie muss in wenigstens einem Viertel der Mitgliedstaaten mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder der nationalen bzw. regionalen Parlamente vertreten sein. Alternativ wird anerkannt, wenn bei der jeweils letzten Europawahl in einem Viertel der Mitgliedsländer mindestens drei Prozent der Stimmen erzielt wurden. Ihre Zielsetzungen und Aktivitäten müssen zudem die Grundsätze, auf denen die Europäische Union basiert, respektieren. Schließlich muss die Absicht verfolgt werden, an Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen.

Auf Grundlage dieser Kriterien der „Verordnung (...) über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“ wurden im März 2012 insgesamt 13 Gruppierungen von der Europäischen Union als europäische Partei anerkannt, darunter zwei europäische Parteien erstmalig.<sup>2</sup> Zusammen mit den zwölf anerkannten politischen Stiftungen<sup>3</sup> auf europäischer Ebene erhalten die Parteien 31 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt. Die 13 europäischen Parteien lassen sich grob in drei Hauptgruppen differenzieren. Der Gründungsimpuls der ersten fünf Parteiorganisationen (SPE, EVP, ELDR, EGP und EFA) reicht bis zur ersten Wahlperiode des Europäischen

---

1 Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene (ABl. L 297 vom 15.11.2003). Im Jahr 2007 wurde die Verordnung mit Blick auf primär technische Kriterien angepasst. Verordnung (EG) Nr. 1524/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 (ABl. L 343 vom 27.12.2007).

2 Eine Auflistung der anerkannten politischen Parteien auf europäischer Ebene findet sich unter [http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant\\_amounts\\_parties\\_01-03-2012.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/grant_amounts_parties_01-03-2012.pdf).

3 Vgl. hierzu <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00264f77f5/Finanzhilfen-für-politische-Parteien-und-Stiftungen.html>.

Parlaments im Jahr 1979, in den ersten drei Fällen auch darüber hinaus, zurück. Alle fünf europäischen Parteien haben vergleichsweise dauerhafte Kooperationsstrukturen auf europäischer Ebene etabliert, auch wenn es im Zuge konstitutioneller Reformen der Gemeinschaft wiederholt zu organisatorischen Anpassungen gekommen ist. Sie sind in fast allen EU-Staaten mit nationalen Mitgliedsparteien vertreten (Einschränkungen bei der EFA) und kooperieren in der Regel eng mit einer Fraktion des Europäischen Parlaments.

Zu diesen fünf europäischen Parteien sind seit 2002 zunächst weitere vier Parteiorganisationen hinzugekommen (EL EDP, EUD, ECPM), deren Gründungsimpuls im Wesentlichen auf die Verordnung aus dem Jahr 2004 und die damit verbundenen finanziellen Anreize zurückgeht. Die europäischen Parteien dieser Gruppe weisen zwar mittlerweile eine gewisse Stabilität in ihren Strukturen auf, sie sind aber nur in einem Teil der Mitgliedstaaten durch nationale Parteien vertreten.

Gemeinsames Kennzeichen der ebenfalls aus vier Parteien bestehenden dritten Gruppe ist in politischer Hinsicht ihre europaskeptische Haltung und in struktureller Perspektive ihre noch schwach ausgeprägte Organisationsstruktur. Der Gründungsimpuls der Parteien dieser Gruppe ist im Wesentlichen auf die Europawahlen 2009 zurückzuführen, als in Anlehnung an das Europawahlergebnis neue Parteien von den Fraktionen oder einzelnen Abgeordneten initiiert wurden.

Basierend auf einem Bericht des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments<sup>4</sup> wird seit 2010 über die Strukturen und Rollen der europäischen Parteien, aber auch über ihr Reformpotenzial diskutiert. Weitere Impulse bezogen diese Debatten zudem aus den Duff-Berichten zur Reform des EU-Wahlrechts. Der im Februar 2012 vorgelegte zweite Bericht von Andrew Duff betont insbesondere die Bedeutung einer stärker europäisch geprägten Willensbildung und sieht die Wahl von 25 Abgeordneten über transnationale Listen vor.<sup>5</sup> Verbunden mit der Einführung transnationaler Listen – und einer etwaigen Zweitstimme bei Europawahlen – wäre ein potenzieller Funktionswandel der europäischen Parteien, da diesen eine aktivere Rolle zugewiesen und damit auch ihre Legitimationsfunktion gestärkt werden würde. Impulse bezogen die Debatten zum anderen aber auch aus der anhaltenden Diskussion über eine Reform der rechtlichen Grundlagen der europäischen Parteien. Da den beiden genannten Verordnungen aus dem Jahr 2004 und 2007 eher technischer Charakter zukommt, plädiert vor allem der Ausschuss für konstitutionelle Fragen seit langem für eine umfassendere Lösung und ein eigenständiges Parteienstatut. In der Stellungnahme der Berichterstatterin Marietta Giannakou vom März 2011 wird unter Bezugnahme auf Artikel 10 (1) des Vertrags über die Europäische Union und das Prinzip der „repräsentativen Demokratie“ hervorgehoben, „dass die Forderung nach Annahme eines Rechtsstatuts für die europäischen politischen Parteien und ihre politischen Stiftungen, beruhend auf dem Recht der Europäischen Union, einen klaren und bedeutenden Schritt hin zu einer Stärkung der Demokratie in der Union darstellt“.<sup>6</sup> Gefordert wird auf dieser Grundlage u.a. eine Differenzierung zwischen der Anerkennung und der Finanzierung europäischer

---

4 Bericht des Generalsekretärs an das Präsidium vom 18. Oktober 2010 zur Parteienfinanzierung auf europäischer Ebene gemäß Artikel 15 des Beschlusses des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 29. März 2004 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung.

5 Vgl. Ausschuss für konstitutionelle Fragen: Zweiter Bericht über einen Vorschlag zur Änderung des Akts vom 20. September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (2009/2134(INI)), 1. Februar 2012.

Parteien, aber auch eine weitergehende Flexibilisierung der Finanzierungsregelungen, letzteres vor allem im Hinblick auf die nachzuweisenden unabhängigen Eigenmittel und die Möglichkeit zur Bildung von Rücklagen. Der Bericht sieht außerdem vor, die maximale Spendenhöhe von jährlich 12.000 auf 25.000 Euro auszuweiten. Demgegenüber zielen die Debatten zur Anerkennung der europäischen Parteien eher auf eine Verschärfung; dies vor allem im Hinblick auf die formale Anerkennung der seit 2009 existenten rechts-extremen Europäischen Allianz nationaler Bewegungen als politische Partei auf europäischer Ebene im März 2012 und dem damit verbundenen Anspruch auf Finanzmittel der EU. Seitens der Europäischen Kommission wurde den Anregungen des Giannakou-Berichts des Europäischen Parlaments weitgehend gefolgt. Sowohl in der „Rede zur Lage der Union 2012“ von Kommissionspräsident Barroso als auch in dem am 12. September 2012 eingebrachten umfassenden „Vorschlag (...) über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen“<sup>7</sup> wurde die Anregung aufgegriffen, den europäischen Parteien einen eigenen europäischen Rechtsstatus zu verleihen, um so ihre Arbeit sichtbarer und effizienter zu machen. Von erheblicher Bedeutung sind insbesondere die Regelung, dass die Zuwendungen nicht mehr als Betriebskostenzuschüsse, sondern als „Beiträge sui generis“ kategorisiert werden, die Anhebung des Vorfinanzierungsniveaus und die Streichung der Kofinanzierungsanforderung. Zugleich schlägt die Kommission eine deutliche Verschärfung der Transparenz- und Kontrollvorschriften vor und plant dabei auch Sanktionsregelungen, die von Geldbußen bis zur Aberkennung des Parteienstatus reichen.

Bereits vor Inkrafttreten der Verordnung haben zahlreiche europäische Parteien den Zeitraum 2011/12 zu einem Ausbau der Binnenstrukturen genutzt, vielfach aber auch ihr Führungspersonal neu bestellt. So hat die SPE auf ihrem Kongress im September 2012 in Brüssel den früheren bulgarischen Premier Sergej Stanischew zum neuen Vorsitzenden gewählt. Stanischew, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Bulgariens, bekleidete den Parteivorsitz bereits seit Ende 2011 kommissarisch, da sein langjähriger Vorgänger Poul Nyrup Rasmussen aus Krankheitsgründen zurückgetreten war. Auf dem SPE Kongress, der aufgrund der rumänischen Staatskrise kurzfristig von Bukarest nach Brüssel verlegt worden war, stand neben der Finanzkrise auch die Entscheidung im Mittelpunkt, bei der nächsten Europawahl mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten in den Wahlkampf zu ziehen. Der Kongress der EVP fand 2012 in Bukarest statt. Wilfried Martens, der zu den Gründungsmitgliedern der Partei zählt und seit 1990 als Präsident amtiert, wurde im Oktober 2012 erneut für drei Jahre im Amt bestätigt. Zu den wichtigsten Themen des Kongresses, der unter dem Motto „More Europe“ stand, gehörte die Debatte über eine Aktualisierung des 1992 in Athen angenommenen Grundsatzprogrammes der EVP. Mit dem langjährigen Europaabgeordneten Graham Watson wählte auch die ELDR auf ihrem Kongress in Palermo im November 2011 einen neuen Präsidenten. Zu den Kernthemen des Kongresses zählte die europäische Schulden- und Eurokrise, die europäische Haushaltspolitik, die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie die Debatte über die Gefährdung von Freiheit-

6 Vgl. Bericht des Ausschusses für konstitutionelle Fragen über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung (2010/2201(INI)) vom 18. März 2011.

7 Siehe Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen, (2012/0237 (COD)), 12. September 2012.

und Menschenrechten. Auf dem für November 2012 geplanten Dubliner Kongress – die ELDR führt ebenso wie EFA und EUD ihre Kongresse in einem jährlichen Rhythmus durch – soll das Thema Energiewandel im Mittelpunkt stehen.

Tabelle 1: Die europäischen Parteien im Überblick

	Kürzel	Gründung / Reformen	Sitz	Mitglieds- parteien	Finanzierung 2012	Politische Ausrichtung
Sozialdemokratische Partei Europas	SPE (dt.) PES (engl.)	1974 1992	BE	32 VM aus 28 Staaten 10 AM / 8 B	4.323.313 Euro	sozialdemokratisch / sozialistisch
Europäische Volkspartei	EVP (dt.) EPP (engl.)	1976 1999	BE	53 VM aus 40 Staaten 21B	6.482.715 Euro	christdemokratisch (konservativ)
Europäische Liberale und Demokratische Reform-Partei	ELDR	1976 1993	BE	52 VM aus 36 Staaten	1.950.344 Euro	liberal
Europäische Freie Allianz	EFA	1981 1994 2004	BE	30 VM aus 17 Staaten	384.185 Euro	regional / „nationalistisch“
Europäische Grüne Partei	EGP	1983 1993 2004	BE	35 VM aus 42 Staaten 10 B	1.333.372 Euro	grün / alternativ
Europäische Linke	EL	2004	BE	27 VM aus 21 Staaten 11 B	835.049 Euro	sozialistisch / post-kommunistisch
Europäische Demokratische Partei	EDP	2004	BE	12 M aus 11 Staaten	550.293 Euro	zentristisch (liberal)
EUDemokraten – Allianz für ein Europa der Demokratien	EUD	2005	DK	12 M aus 8 Staaten	241.807 Euro	europaskeptisch
Europäische Christliche Politische Bewegung	ECPM	2002/05 2010	NE	20 M aus 15 Staaten	241.807 Euro	christlich
Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten	AECR	2009	BE	11 M aus 9 Staaten	1.285.913 Euro	nationalkonservativ / europaskeptisch
Europäische Allianz nationaler Bewegungen	EANB	2009	FR	9 M aus 9 Staaten	289.266 Euro	rechtsextrem
Europäische Allianz für Freiheit	EAF	2010	MT	6 M aus 6 Staaten	360.455 Euro	rechtspopulistisch
Bewegung für ein Europa der Freiheiten und der Demokratie	BEFD	2011	FR	11 M aus 10 Staaten	621.482 Euro	

VM = Vollmitglied, AM = Assoziiertes Mitglied, B = Beobachter; Stand: Oktober 2012.

Vom 11. bis 13. November 2011 fand der Kongress der Europäischen Grünen Partei (EGP) in Paris statt. Als wichtigste strukturelle Reform kann hier die Entscheidung gelten, aus Kostengründen den Kongress nicht mehr in Abständen von zweieinhalb, sondern von fünf Jahren durchzuführen. Inhaltlich wurde neben der Finanzkrise vor allem der „Green New Deal“ als Variante grüner Industriepolitik erörtert. Vergleichsweise neu im Amt ist auch das Führungspersonal der EFA. Der belgische Geschichtspräsident Eric Defoort wurde auf dem Kongress der EFA im Jahr 2010 in Venedig zum Präsidenten gewählt. Auf dem Kongress im März 2012 in Leeuwarden stand bereits die Arbeit am Programm für die Europawahl 2014 im Mittelpunkt. Besonderes Augenmerk wurde dabei der Forderung nach einem

grundsätzlichen Wegfall von Sperrklauseln bei Wahlen gewidmet. Erstmals wurde von der Partei im September 2012 auch eine Sommeruniversität durchgeführt.

Im Gegensatz zu den kontinuierlichen und differenzierten Aktivitäten dieser fünf, der ersten Gruppierung zuzuordnenden Parteien fallen die Aktivitäten der weiteren europäischen Parteien deutlich schwächer aus. Sichtbare Anstrengungen entfaltete vor allem die Europäische Linke, die mit Pierre Laurent auf ihrem Kongress im Dezember 2010 ebenfalls einen neuen Vorsitzenden gewählt hat. Der Kongress beschloss zudem eine „Agenda für ein soziales Europa“ als „Gemeinsame Aktionsplattform für Widerstand und Alternativen in Europa“. Die Europäische Demokratische Partei hat ihren 4. Kongress im November 2010 in Brüssel und ihr letztes Treffen im November 2011 in Rom durchgeführt. Die merklich geringeren Aktivitäten der Partei, die sich auch in einer kaum aktualisierten Webpräsenz widerspiegeln, lassen sich nicht zuletzt mit dem deutlichen Aderlass bei der Europawahl 2009 erklären. Dieser macht sich auch deswegen besonders bemerkbar, weil die EDP bislang eine starke Prägung durch die Aktivitäten ihrer Parlamentarier aufwies.

Seit 2010 amtiert die frühere grüne Europaabgeordnete und irische Politikerin Patricia McKenna als Präsidentin der EUDemokraten. Auch die EUD litt unter dem Verlust aller Abgeordnetenmandate bei den EP-Wahlen 2009, vor allem bei der schwedischen Junilistan und der von Jens-Peter Bonde geprägten dänischen Junibevægelsen. Erst durch den Beitritt von Søren Søndergaard von der dänischen Volksbewegung gegen die EU ist die EUD mittlerweile wieder im Europäischen Parlament repräsentiert. Auf ihrem Jahreskongress 2012 traten die EUDemokraten vor allem für eine offen geführte Debatte über die Zukunft des Euro und der Europäischen Union ein.

War die EUD stark durch ihre frühere dänische Mitgliedspartei geprägt, so gilt dies bei der Europäischen Christlichen Politischen Bewegung in vergleichbarer Form für die niederländische ChristenUnie. Den Kern der Aktivitäten der vom Esten Peeter Vösu geleiteten Partei bildeten im Jahr 2012 ein Symposium zum Verhältnis von Israel und Europa sowie die Frage nach dem Verhältnis von Werten und Wirtschaft auf dem ECPF-Kongress.

Die Aktivitäten der dritten Gruppe von europäischen Parteien gehen überwiegend auf die Impulse der Europawahlen 2009 zurück. Wie im Fall der – aus der Allianz für ein Europa der Nationen (AEN) und der kurzlebigen, britisch-tschechisch geprägten Bewegung für Europäische Reform hervorgegangenen – Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten befinden sich die Parteistrukturen in dieser Gruppe weitgehend noch im Aufbau. Vielfach übernimmt hier auch eine nationale Mitgliedspartei die federführende Funktion und koordiniert die Aktivitäten wie die Außerdarstellung weitgehend im Alleingang.

Mit der Formierung weiterer politischer Parteien auf europäischer Ebene ist in absehbarer Zeit zu rechnen. So haben sich die Piratenparteien auf mehreren Treffen im Jahr 2012, u.a. in Prag und Barcelona, wo jeweils Vertreter aus rund 20 Staaten anwesend waren, mit der Gründung einer Europäischen Piratenpartei befasst. Seit 2010 bereiten feministische Parteien aus Deutschland, Spanien, Schweden und Polen unter der Bezeichnung „European Feminist Coalition Board“ die Gründung einer feministisch orientierten politischen Partei auf europäischer Ebene vor. Auf der 3. Internationalen Konferenz der Feministischen Parteien Europas in München im August 2012 wurde das Ansinnen bestärkt, sich ebenso wie die Europäische Piratenpartei an den EP-Wahlen 2014 zu beteiligen. Die Frage, ob das geplante Europäische Parteienstatut hier neue Anreizstrukturen für einzelne europäische Parteienfamilien bietet oder ob die verschärften Regelungen des Statuts eher abschreckende Wirkung ausüben, wird neben der anhaltenden Europäisierung

nationaler Parteien einen zentralen Untersuchungsgegenstand künftiger Forschung zu den politischen Parteien auf europäischer Ebene markieren.

### **Weiterführende Literatur**

Blind, Jochen: Das Heimspiel der „Europa Parteien“? Die Europawahlkämpfe der Union von 1979 bis 2009, Wiesbaden 2012.

Külahci, Erol (Hrsg.): Europeanisation and Party Politics. How the EU affects domestic actors, patterns and systems, Colchester 2012.

Kreutz, Jan: Perspektiven europäischer Parteien als Motor supranationaler Demokratie: Das Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), in: Jürgen Mittag (Hg.): 30 Jahre Direktwahlen zum EP (1979-2009). Europawahlen und Europäisches Parlament in der Analyse, Baden-Baden 2011, S. 313-330.

Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.). Parteienfamilien: Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen 2012.